

# Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Hr. Matuschke

Vorlagennummer:  
**11/004/2010**

## **SPD-Fraktionsantrag 300/2009; Weiterbildungskonzept der VHS zur interkulturellen Kompetenz**

| Beratungsfolge                        | Termin     | Status     | Vorlagenart | Abstimmung |
|---------------------------------------|------------|------------|-------------|------------|
| Haupt-, Finanz- und Personalausschuss | 10.02.2010 | öffentlich | Beschluss   |            |

### Beteiligte Dienststellen

43

## **I. Antrag**

Mit Fraktionsantrag 300/2009 vom 01.12.2009 zum Haushalt wurde von der SPD-Fraktion eine Zusammenarbeit von Personal- und Organisationsamt und VHS im Rahmen der dauerhaften Verankerung von Sensibilität für die Themen Migration und Integration durch gezielte Aus- und Fortbildung erbeten.

Das Thema Migration/Integration ist bereits jetzt im Programm der Städteakademie enthalten. Nach Rücksprache mit dem Sachgebiet Internationale Beziehungen und Integration, bedarf es aber einer Weiterentwicklung des Konzeptes. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den Personalämtern und den Integrationsbeauftragten der Städte geschehen.

Im ersten Schritt ist eine Qualifikation für Nachwuchskräfte durch die VHS geplant. Basis soll das X-Pert-Konzept der VHS bilden, das aber noch auf die Bedürfnisse der Stadt Erlangen abzustimmen ist. Bereits im Sommer letzten Jahres hat ein Grundsatzgespräch zwischen der VHS-Leitung sowie unserer Gleichstellungsstelle und dem Personalamt stattgefunden.

Der TOP ist zur Umsetzung vorgemerkt. Im nächsten Schritt soll die Fortbildung angegangen werden. Die VHS ist hier potentieller Partner.

Es wird aber um Verständnis gebeten, dass im Hinblick auf einen breiten Qualifizierungsansatz und einen breiten Methodenmix gerade das Thema "Diversität", in dem sich ja die Integration/Migration widerspiegelt, es unabdingbar macht, auf ein spezielles Trainerspektrum zurückzugreifen.

Zum Antrag bezüglich der Ämter 51 und 40 (Schulen) ist geplant, mit Zielrichtung eines ganzheitlichen Ansatzes, die Ämter nicht allein mit der VHS verhandeln zu lassen sondern in den Abstimmungsprozess ebenso Amt 11, Amt 13 und die Gleichstellungsstelle einzubinden.

Letzter Sachstand ist, dass zwischen Amt 11 und VHS die Anforderungen auf Basis des Abstimmungsgesprächs vom Sommer 2009 noch festzulegen sind.

Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 300/2009 ist mit den obigen Ausführungen bearbeitet.

## **II. Begründung**

Siehe Antrag

**Anlagen: Fraktionsantrag 300/2009**

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang